



Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck
Telefon: +43 (0) 6604757345, Mail: ibus@aep.at

iBus – Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen

IBUS POSITIONSPAPIER

iBUS ist ein seit 2013 bestehendes Projekt zur Beratung, Unterstützung und Begleitung von Sexarbeiter_innen der AEP- (Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft) Familienberatungsstelle in Innsbruck. Unsere Zielgruppe sind Menschen (Frauen, Transgender-Personen sowie Männer), die aktiv in der Sexarbeit tätig sind oder waren. Unsere Beratungen sind anonym und kostenlos.

iBUS

- setzt sich für eine Anerkennung der **Sexarbeit als Erwerbsarbeit** ein
- kämpft gegen die **Stigmatisierung und Diskriminierung** von Sexarbeiter_innen
- engagiert sich für eine **Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen** von Sexarbeiter_innen
- fordert **umfassende Arbeits- und Sozialrechte** für sexuelle Dienstleister_innen

iBUS vertritt einen akzeptierenden Ansatz und geht auf die individuellen Bedürfnisse der Sexdienstleister_innen ein, wobei die Förderung, Unterstützung und Ermöglichung der Autonomie, der Selbsthilfe und des Empowerments der Sexarbeiter_innen durch einen niederschweligen Zugang zur Zielgruppe im Mittelpunkt steht. Dies wird durch aufsuchende Sozialarbeit (Streetwork), sowie durch ein differenziertes Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebot zu sozialen, rechtlichen und gesundheitlichen Fragen im **iBUS**-Büro und bei den Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken ermöglicht.

Sexarbeit ist nicht Menschenhandel

Wir sprechen von Sexarbeit, um einen akzeptierenden und unterstützenden Zugang gegenüber Sexarbeiter_innen begrifflich zu transportieren und um den Fokus auf die Forderung nach umfassenden Arbeits- und Sozialrechten für sexuelle Dienstleister_innen zu richten.

iBUS differenziert sehr klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel. Sexarbeit basiert immer auf Freiwilligkeit und Selbstbestimmung¹. In der Sexindustrie gibt es, wie in sehr vielen anderen Bereichen auch, Menschenhandel, Ausbeutung und Gewalt. Diese sind der Sexarbeit aber nicht per se inhärent, sondern werden durch strukturelle, rechtliche und damit auch staatliche Rahmenbedingungen begünstigt. Sind Menschen Opfer sexueller Ausbeutung

¹ Inwieweit jegliche Lohnarbeit in einem kapitalistischen System, in dem wir uns alle befinden, überhaupt freiwillig und selbstbestimmt sein kann, ist eine andere Frage.

dann handelt es sich nicht länger um Sexarbeit, sondern um Menschenhandel, der unter Strafe steht.

Sexarbeit ist ein polarisierendes Thema und wird sehr kontrovers diskutiert, wobei religiöse, kulturelle und moralistische Vorstellungen, Stereotype, Gefühle und Emotionen mitwirken. Diese Diskussion wird fast ausschließlich ohne die Einbindung von Sexarbeiter_innen geführt.

Sexarbeit ist Erwerbsarbeit

Alle Menschen haben ein Recht auf freie Berufswahl und auch sexuelle Selbstbestimmung. Sexarbeit muss als soziale Realität wahrgenommen werden. Im Zentrum soll die Wahrung der Frauen- und Menschenrechte stehen – Sexarbeiter_innen müssen das Recht haben, genau so wie andere ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten zu können. Durch eine Kriminalisierung von Sexarbeit werden die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexdienstleister_innen erschwert und/oder sie werden als Menschen entwertet. Eine Diskriminierung von Sexarbeiter_innen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ist Ausdruck gesellschaftlicher Moralvorstellungen und darf deshalb die Legislative nicht beeinflussen. Es darf nicht länger um den Sex und daran gekoppelt Moralvorstellungen gehen, sondern um Arbeitsrechte.

iBUS setzt sich für die **Entkriminalisierung** von Sexarbeit ein. Unter Entkriminalisierung versteht man die Abschaffung aller strafrechtlichen Maßnahmen, die Sexarbeit betreffen. Dies bedeutet für uns eine tatsächliche Gleichstellung von Sexarbeit mit anderen Erwerbsarbeiten/ Dienstleistungen, mit dem Ziel die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen zu verbessern. Nur Rechte schützen vor Ausbeutung. Missstände können nur gemeldet werden, wenn den Akteur_innen keine Strafen drohen.

Sexarbeit entstigmatisieren

Außerdem würde eine Entkriminalisierung zu einer **Entstigmatisierung** des Berufsfeldes beitragen. Durch eine Stigmatisierung und Kriminalisierung von Sexarbeit werden die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexdienstleister_innen erschwert und/oder sie werden als Menschen entwertet. Eine Illegalisierung jeglicher Art und Verbote führen nicht zur Lösung, sondern nur zu einer Verdrängung in den unsichtbaren Bereich. Sexarbeit ist nicht kriminell, sondern eine Dienstleistung. Wird Sexarbeit in Verbindung mit Zwang und Gewalt gedeutet, werden reale (Macht-)Verhältnisse verzerrt und strukturelle Ungleichheiten ausgeblendet.

iBUS als Beratungseinrichtung mit akzeptierendem Ansatz leistet Entstigmatisierungsarbeit für die Zielgruppe, da die Stimmen der Akteur_innen in paternalistischen öffentlichen Diskursen zumeist leider kein Gehör finden. Würde eine Beratungseinrichtung dem nicht nachkommen, wäre die Arbeit im praktischen Bereich – also die Beratungstätigkeit und aufsuchende Arbeit – aus sozialarbeiterischer Perspektive lediglich die Kompensation gesellschaftlicher Exklusionsprozesse und struktureller Diskriminierungen.

Sexarbeiter_innen müssen als selbstständige Akteur_innen wahrgenommen werden, deren Stimmen gehört werden müssen. **iBUS** als Beratungseinrichtung wünscht sich, nicht länger für Sexarbeiter_innen sprechen zu müssen, sondern Sexarbeiter_innen zu möglichst vielen Rechten zu verhelfen und sie zu empowern, damit sie für sich selbst sprechen können.

Migration mitbedenken

Globale Ungleichheiten sind in der Sexarbeit sehr gut sichtbar, da in Europa 85% der registrierten Sexdienstleister_innen einen Migrationshintergrund haben. Die Sexarbeitsbranche ist ein sehr ethnisiertes und feminisiertes Berufsfeld, wodurch sich rassistische und sexistische Strukturen erkennen lassen. Dies gilt auch für Österreich, wo Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedliche Arbeitsbereiche, wie beispielsweise die Sexindustrie, zugeschrieben werden. Dabei bietet die Sexindustrie Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit Geld zu erwirtschaften, um die Familie im Herkunftsland zu ernähren, was vor allen Frauen ein Loslösen und Unabhängigkeit von patriarchalen Strukturen ermöglicht.

Gesellschaftliche Doppelmoral überdenken

iBUS prangert die gesellschaftliche Doppelmoral an, die dazu führt, dass Sexarbeiter_innen zwar extrem viele Pflichten haben, aber nur sehr wenige Rechte. Sexarbeit und die ausübenden Akteur_innen werden in den unsichtbaren Bereich ge- bzw. verdrängt, verschwinden tut Sexarbeit dadurch jedoch nicht.

Sexarbeiter_innen werden zum einen als Täter_innen (Kriminelle) gesehen, zum anderen als Opfer, die angeblich gerettet werden müssen. In diesem Zusammenhang wird ihnen jegliche Selbstbestimmung abgesprochen und sie verlieren ihren rechtlichen Schutz. Lassen sich Sexarbeiter_innen nicht in die Opferrolle drängen, die die Gesellschaft ihnen vermehrt auferlegt, wird ihnen noch verstärkter der Stempel der Hure aufgedrängt. Dadurch stehen sich die Heilige/ gute (Ehe-)Frau und die Hure/ böse Frau gegenüber. Dabei wird der Hure zugeschrieben quasi selbst Schuld für Gewalterfahrungen zu sein.

Ein weiterer Punkt, bei dem die Doppelmoral immer noch zum Vorschein kommt, sind die verpflichtenden Kontrolluntersuchungen, die Sexarbeiter_innen sechswöchentlich über sich ergehen lassen müssen. Die Kontrolluntersuchungen führen zu einer Stigmatisierung, weil sie Sexarbeiter_innen für die Übertragung von Geschlechtskrankheiten verantwortlich machen. Die verpflichtenden Untersuchungen reduzieren weder Geschlechtskrankheiten bei Sexarbeiter_innen, noch kann statistisch nachgewiesen werden, dass Sexarbeiter_innen mehr Geschlechtskrankheiten aufweisen wie der Rest der geschlechtsverkehraktiven Bevölkerung. Einige Betriebe werben damit, dass ihre Frauen wöchentlich untersucht werden und deshalb „rein“ sind. Das führt jedoch dazu, dass Kunden ungeschützten Geschlechtsverkehr fordern. Deshalb sehen wir in den Kontrolluntersuchungen eine Form von Diskriminierung und struktureller Gewalt.

iBUS ist gegen die Zwangsuntersuchungen und plädiert für den Ausbau eines umfassenden, niederschweligen, anonymen und kostenlosen Beratungs-, Untersuchungs- und Behandlungsangebot, das freiwillig aufgesucht werden kann. **iBUS** fordert Prävention statt Kontrolle.

Derzeitige Lage in Tirol

Für Tirol gilt, dass Sexarbeit außerhalb behördlich genehmigter Bordelle und Erlaubniszonen (die nicht existieren) illegalisiert und strafbar ist. Sexarbeiter_innen, welche auf der Straße oder in eigenen Räumlichkeiten tätig sind, arbeiten illegalisiert, haben aber dennoch zahlreiche Pflichten (Registrierung, Steuerpflicht, sechswöchentliche amtsärztliche Untersuchungen, Kranken- und Unfallversicherung, Tätigkeit nur an genehmigten Arbeitsorten), aber unverhältnismäßig wenige Rechte (wie etwa Arbeiter_innenschutzbestimmungen).

Die in Tirol im Juli 2017 in Kraft getretene Freierbestrafung wird die Arbeit noch mehr in den

unsichtbaren (und damit noch gefährlicheren) Bereich abdrängen, wie es auch schon in Ländern, die das sogenannte Nordische Modell eingeführt haben, geschehen ist. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens die nun gesetzlich möglichen Erlaubniszonen eingeführt werden, um Sexarbeiter_innen einen sicheren und niederschweligen Arbeitsort zu bieten.

Die konkreten Forderungen von iBus

- Keine weitere Illegalisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter_innen
- Sexarbeiter_innen als selbstständige Akteur_innen wahrnehmen, die für sich selbst sprechen können
- Rechtliche Gleichbehandlung und Gleichstellung von in der Sexarbeit tätigen Personen mit anderen Erwerbstätigen durch die Entkriminalisierung der Sexarbeit, die Anerkennung als Erwerbstätigkeit und durch entsprechende aufenthaltsrechtliche Änderungen
- Maßnahmen gegen Prekarisierung, Diskriminierung, Stigmatisierung, Sexismus, Rassismus und Schutz vor Abschiebung und Repression
- Die Abschaffung der verpflichtenden Kontrolluntersuchungen
- Sexarbeiter_innen sollen in politische Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden
- Es sollen alle notwendigen Maßnahmen von Politiker_innen gesetzt werden, die ein selbstbestimmtes und sicheres Arbeiten im Bereich der Sexarbeit ermöglichen (Stichwort: Einführung der Erlaubniszonen)
- Sexarbeiter_innen sollen mit gleichem Respekt und Anerkennung behandelt werden wie andere Arbeiter_innen.

Lassen Sie uns auch weiterhin einen Beitrag zu einer gerechteren Welt leisten, in dem Sie uns unterstützen und sich mit jenen Menschen solidarisieren, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Als feministische, autonome und kritische Einrichtung, die für die Rechte von Sexarbeiter_innen kämpft, stellen wir uns gegen moralische Argumentationen in Bezug auf Sexarbeit, da diese einer differenzierten Sicht auf Sexarbeit im Wege stehen und globale und strukturelle Missstände ausblenden und/oder ignorieren, wodurch reale Machtverhältnisse verschleiert werden. Der Kampf muss gegen eine global ungleiche Ressourcenverteilung und ausbeuterische, rassistische und sexistische Strukturen geführt werden und nicht gegen Sexarbeit bzw. gegen bestimmte Personengruppen.

Nur eine Entkriminalisierung der Sexarbeit und das Aufzeigen von ausbeuterischen rassistischen und diskriminierenden Strukturen, kann die Situation für Sexarbeiter_innen und andere marginalisierte Menschen nachhaltig verbessern.